

Ersetzungsantrag

der AfD-Fraktion

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP

"Campus für Demokratie" in Lichtenberg auf den Weg bringen – Drucksache 18/0916

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 18/0916 – wird in folgender Fassung angenommen:

Das Gelände der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit soll als zentraler Ort der Erinnerung und des Gedenkens, der historischen Forschung und der politischen Bildung entwickelt werden.

Maßgebliche Träger der denkmalgerechten Entwicklung des „Campus für Demokratie“ sollen wie bislang die Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände sein. Der Senat leistet dazu auf der Grundlage des Vorschlags des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR die nötige Unterstützung.

Fester Bestandteil der Entwicklung des Geländes soll von Beginn an die Kooperation mit dem Bund in Anlehnung an die Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung sein. Dazu ist eine Verwaltungsvereinbarung zwischen SenKult und BKM anzustreben. Die Entwicklung des Konzepts muss auf transparente Weise erfolgen. Ergebnisse des Planungsprozesses müssen vollständig öffentlich zugänglich gemacht werden.

Da viele wertvolle Sachzeugen beseitigt oder im Zuge von Sanierungen verschwunden sind, muss als erstes eine Bestandsaufnahme erfolgen. Ebenso muss die Rückführung von Objekten wie dem Mosaik angestrebt werden.

Das Konzept soll sich nicht auf den Kernbereich beschränken, sondern das Gesamtareal einbeziehen. Am Roedeliusplatz soll in Form von Hinweistafeln auf die Geschichte des Kiezes und das Leiden der Opfer des Kommunismus aufmerksam gemacht werden. Im Übrigen ist der Roedeliusplatz als Ort urbanen Lebens zu erhalten.

Der Bedarf an Wohnraum, Infrastruktureinrichtungen und Gewerberaum ist auf dem gesamten Areal denkmalgerecht zu berücksichtigen. Es soll keine erinnerungskulturelle Monokultur entstehen.

Für die Koordination der unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Eigentümer auf dem „Campus für Demokratie“ soll ein Standortmanagement durch den Senat eingerichtet werden.

Ein erster Bericht des Senats soll zum 30. Juni 2018 vorgelegt werden.

Begründung

Berlin verfügt mit dem Gelände der ehemaligen Stasizentrale über einen Gedenkort von historischer Bedeutung.

Der im Sommer 1990 von Mitgliedern des Bürgerkomitees und Bürgerrechtlern gegründete Verein „Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e.V.“ (ASTAK e.V.) machte sich den Aufbau der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße, später in Stasimuseum umbenannt, zur Aufgabe und übernahm später auch die Trägerschaft des Museums. In den darauffolgenden Jahren begannen auch andere Vereine, die sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur verschrieben haben, Räume im Haus 1 in der Ruschestraße 103 für ihre Zwecke zu nutzen. Auf diese Weise entwickelte sich der ehemalige Gebäudekomplex von der zentralen Stätte der Machtsicherung der SED-Diktatur zu einem Ort bürgerschaftlich organisierter Aufarbeitung des DDR-Unrechts.

In dieser erfolgreichen Tradition ist der Ort nun behutsam weiterzuentwickeln. Die angestammten Initiativen, die seit dem 15. Januar 1990 die Erinnerung und Aufarbeitung auf dem Areal betreiben, sollen an zentraler Stelle bei der weiteren Entwicklung des Areals mitwirken. Da das Areal insgesamt zu groß ist, um es zu musealisieren, muss eines der Ziele darin bestehen, urbanes Leben in denkmalgerechter Form neu entstehen zu lassen. Das Areal soll sich der Stadt gegenüber öffnen und einen urbanen Aufenthaltswert entwickeln können.

Das gilt auch für die Orte des Leidens der Opfer, die nicht im Kernbereich des Stasi-Komplexes, sondern am Roedeliusplatz liegen. Dort befanden sich die Untersuchungshaftanstalt II, das Stadtbezirksgericht, das Gründungsgebäude der Staatssicherheit und Einrichtungen der sowjetischen Repressionsorgane. Hier soll neben adäquaten Formen des Erinnerns die Urbanität des historischen Platzes erhalten bleiben.

Berlin, den 21. März 2018

Pazderski Trefzer
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion